

Die Aufbauleistungen der deutschen Minderheit in Rumänien sind beeindruckend

Delegation der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“ zu Gesprächen in Bukarest und Siebenbürgen

Zu einer fünftägigen Delegationsreise nach Bukarest und Siebenbürgen ist eine Abordnung der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter der Leitung von Erwin Marschewski Anfang August nach Rumänien gefahren. Ziel des Besuches waren aktuelle Fragen zum Stand der Vorbereitungen Rumäniens auf den angestrebten Beitritt zur Europäischen Union. Besonders hat sich die Delegation aber um die Situation und die Anliegen der deutschen Minderheit in Rumänien gekümmert und deren Probleme vor Ort erörtert.

Mit dem rumänischen Minister für Integration, Ene Dinga, erörterte die Arbeitsgruppe den Stand der Vorbereitungen Rumäniens im Hinblick auf einen Beitritt zur Europäischen

Union. Dabei wurden Fragen des bevorstehenden Fortschrittsberichts der Europäischen Kommission ebenso erörtert wie die kürzlich vor dem rumänischen Verfassungsgericht gescheiterte Justizreform, die ein wichtiges Beitrittskriterium darstellt. Über die in diesem Zusammenhang entstandene Regierungskrise in Rumänien wurde ebenfalls gesprochen. Erörtert wurde mit dem Minister auch die Situation der



v.l.n.r.: Erwin Marschewski, Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“, Vasile Blaga, rumänischer Minister für Inneres und Verwaltung, Christa Reichard, Prof. Dr. Egon Jüttner

Minderheiten in Rumänien. In diesem Zusammenhang wurde der Vorschlag der Union unterbreitet, ein europäisches Programm zur Pflege der Kultur der Vertreibungsgebiete zu schaffen. Der Minister sagte zu, diese Frage im Kabinett zu erörtern. Im Gespräch mit dem rumänischen Innenminister Vasile Blaga wurden Fragen der inneren Sicherheit und des Schutzes vor Terrorismus und

(Fortsetzung auf S. 3)

INHALT

SEITE 2
**VERTREIBUNGSMABNAHMEN MACHEN IN SIMBABWE
700.000 MENSCHEN OBDACHLOS**

Prof. Dr. Egon Jüttner

SEITE 5
**FESTAKT ZUM „TAG DER HEIMAT“ IN BERLIN – „VER-
TREIBUNGEN WELTWEIT ÄCHTEN“**

IAV

SEITE 6
**DURCH ERINNERUNG UND GEDENKEN VERTREIBUNGEN
WELTWEIT ÄCHTEN**

Erwin Marschewski

SEITE 7
**ANGELA MERKEL BEKRÄFTIGT POSITION DER UNION IN
DER AUSSIEDLERPOLITIK**

Jochen-Konrad Fromme

Vertreibungsmaßnahmen machen in Simbabwe 700.000 Menschen obdachlos

Prof. Dr. Egon Jüttner stellt Schriftliche Frage zu Maßnahmen der Bundesregierung für die Vertreibungsoffer

Was unternimmt die Bundesregierung angesichts der Tatsache, dass in Simbabwe im Rahmen der „Operation Murambatsvina“ mehr als 700.000 Menschen obdachlos geworden sind oder ihre Arbeit verloren haben (vgl. ADP-Meldung vom 27. Juli 2005).

Daraufhin antwortete der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. Klaus Scharioth wie folgt:

Die Sondergesandte der Vereinten Nationen Anna Tibaijuka, die im Auftrag des VN-Generalsekretärs nach Simbabwe gereist ist, hat in ihrem Bericht vom 21. Juli 2005 „Operation Murambatsvina“ – auch bekannt als „Operation restore order“ – scharf kritisiert. [...]

Die Europäische Union hat den Bericht der Sondergesandten am 26. Juli 2005 in einer gemeinsamen Erklärung begrüßt und sich den Empfehlungen des VN-Berichts angeschlossen. Darin wird die simbabwische Regierung aufgefordert,

- die „Operation Murambatsvina“ unverzüglich zu beenden,
- den Betroffenen zu helfen und ihnen Entschädigungen zukommen zu lassen,
- uneingeschränkt humanitäre Hilfe der internationalen Gemeinschaft zuzulassen,
- die Verantwortlichen für die Polizeiaktion strafrechtlich zu verfolgen
- den Dialog mit der Zivilgesellschaft und der internationalen Gemeinschaft wieder aufzunehmen.

[...]

Die Bundesregierung hat sich dafür eingesetzt, dass die Sanktionen der Europäischen Union gegen die simbabwische Regierung weiter verschärft werden. So wurden sechs Personen, die für die Umsetzung der „Operation Murambatsvina“ mitverantwortlich waren, in die Visumsperrliste aufgenommen. [...]

Insgesamt finanziert das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 2005 in Simbabwe Projekte der entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe im Gesamtvolumen

von 2,7 Mio. €. Diese Maßnahmen werden über Welternährungsprogramm, über Nichtregierungsorganisationen (NRO) und über einen NRO-Fonds der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) durchgeführt. Die Zusammenarbeit vor Ort erfolgt mit Organisationen der Zivilgesellschaft, nicht mit der Zentralregierung. [...] Die Projekte dienen der Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion, der Wasserver- und -entsorgung sowie der Ernährung von Bedürftigen, insbesondere von Kleinkindern. [...]



**Prof. Dr. Egon
Jüttner**

Förderung des Ost- und Westpreußischen Landesmuseums bleibt ungewiss

Erwin Marschewski erkundigte sich in einer schriftlichen Frage nach rot-grünen Umstrukturierungsplänen

Inwieweit ist es zutreffend, dass das Ostpreußische Landesmuseum mit Sitz in Lüneburg und das Westpreußische Landesmuseum mit Sitz in Münster keine institutionelle Förderung mehr aus dem Bundeshaushalt erhalten, obwohl entsprechende Mittel im Haushaltsplan 2005 veranschlagt sind, und wie begründet die Bundesregierung gegebenenfalls die Einstellung der institutionellen Förderung?

Daraufhin antwortete die Staatsministerin beim Bundeskanzler, Dr. Christina Weiss, wie folgt:

„Es trifft nicht zu, dass die Bundesregierung die Zahlung ihres Anteils an der Förderung des Ostpreußischen Landesmuseums mit Sitz in Lüneburg und des Westpreußischen Landesmuseums mit Sitz in Münster reduziert oder eingestellt hat.

Beide Museen werden auch im Jahr 2005 mit Mitteln des Bundes gefördert, wobei sich die Höhe der Förderung am Haushaltsansatz der

institutionellen Förderung orientiert.

Die Veränderung gegenüber den vorangegangenen Jahren besteht darin, dass die Bundesregierung eine Umstellung von institutioneller Förderung auf Projektförderung vorgenommen hat, um die Gründung einer neuen gemeinsamen Stiftung, die sowohl die Trägerschaft über das ostpreußische Landesmuseum mit deutschbaltischer Abteilung als auch über das Westpreußische Landesmuseum übernehmen soll, vorzubereiten. Es hat sich gezeigt, dass sich nur durch einen solchen Schritt, die vom Bundeskabinett verabschiedete „Konzeption zur Erforschung und Präsentation deutscher Kultur und Geschichte im östlichen Europa“ (BT-Drucksache 14/4586) umsetzen und eine stärkere Verantwortung der öffentlichen Hände herbeiführen lässt.“

Kommentar: Die Umstellung von institutioneller Förderung auf Projektförderung ist ein Mittel um Druck auf eine Organisation auszuüben.

Eine unionsgeführte Bundesregierung räumt der deutschen Minderheit einen hohen Stellenwert ein

Delegation der deutschen Minderheit aus Oberschlesien zu Gesprächen in Berlin



Glückliche Gelegenheit: Im Rahmen des Gesprächs ergab sich für die Gäste aus Oberschlesien die Gelegenheit zu einem kurzen Treffen mit dem Altbundeskanzler. V.l.n.r: Bruno Kosak vom VdG, Dr. Helmut Kohl, Bundeskanzler a.D., Heinrich Kroll, Abgeordneter des Sejm, Erwin Marschewski, Vorsitzender der „Arbeitsgruppe Vertriebene und Flüchtlinge“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heinrich Niemann, Geschäftsführer des VdG in Oppeln

Zu einem Gedankenaustausch über die Förderung und die Belange der deutschen Minderheit in Polen traf der Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski, mit Verantwortlichen der Deutschen Sozial-kulturellen Gesellschaften unter der Leitung des Sejm-Abgeordneten Heinrich Kroll zusammen.

Dabei betonte Marschewski die auch künftig bestehende Verantwort-

ung der Bundesregierung für die deutsche Minderheit und für die Bewahrung der deutschen Kultur in der Region. Dabei stellte er klar, dass die Union den Anliegen der deutschen Minderheit einen großen Stellenwert einräumt.

Anfang September wird Marschewski den Bundespräsidenten bei seinem Staatsbesuch nach Polen begleiten. Dabei werden auch Vertreter der deutschen Minderheit ins Besuchsprogramm einbezogen.

(Fortsetzung von Seite 1)

illegaler Migration erörtert. Auch dem Innenminister wurden wichtige Anliegen der deutschen Minderheit vorgetragen. Darunter die Frage der Umsetzung der Gesetzgebung zur Rückgabe von Gemeinschaftseigentum. Dabei wurde festgestellt, dass es vor allem auf dem Wege der Rechtsanwendung auf Verwaltungsebene noch häufig Schwierigkeiten gebe. Es wurde auch angemahnt, dass es im Hinblick auf eine partnerschaftliche Zusammenarbeit auch auf die korrekte Anwendung von Recht ankommt. In dieser Hinsicht wurde vor allen Dingen die noch teilweise unzureichende Kooperation auf der Ebene der örtlichen Behörden moniert, was vor allem zu Problemen bei der Rückgabe von kirchlichem Eigentum führt. Konkret angesprochen wurde die möglichst baldige Rückgabe von 19 Gemälden an das Brukenthal-Museum im siebenbürgischen Hermannstadt, die sich zurzeit in Bukarest befinden. Innenminister Blaga hat im Gespräch zugesagt, die Angelegenheit im Kabinett zu besprechen, mit dem Ziel, die Rückgabe zu beschleunigen.

In Bukarest traf die Delegation auch noch mit dem für Minderheitenfra-



In Hermannstadt (Sibiu) traf die Delegation den Bischof der evangelischen Kirche A.B., Dr. Christoph Klein (2.v.r.).

gen zuständigen Unterstaatssekretär, Zeno-Karl Pinter, und mit dem Abgeordneten der deutschen Minderheit im rumänischen Parlament, Ovidiu Victor Gant, zusammen. Dabei wurde umfassend das System der Förderung der deutschen Minderheit in Rumänien aus dem Bundeshaushalt erörtert. Hier wurden vor allem Anregungen zur Verbesserung

der regionalen Kulturförderung aufgenommen. Die Gespräche wurden aber auch dazu genutzt, um von rumänischer Seite ein stärkeres Engagement für den Erhalt der deutschen Kulturgüter einzufordern. Hier besteht ein noch zu geringes Interesse.

In Bukarest wurde ebenfalls ein Austausch mit der deutsch-rumänischen Handelskammer geführt, wobei die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen erörtert wurden.

In Siebenbürgen besuchte die Delegation die Saxonia-Stiftung in Roseau (Rasnov), ein Sozialprojekt, das vom Bundesinnenministerium, den kirchlichen Hilfswerken und der Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen gefördert wird.

In Kronstadt (Brasov) und Hermannstadt (Sibiu) wurden viele der Jahrhunderte alten Zeugnisse der deutschen Kultur in Siebenbürgen besucht und Fragen zu deren Erhalt erörtert, darunter die Schwarze Kirche in Kronstadt und die Altstadt von Hermannstadt. In beiden Städten fanden Gespräche mit Vertretern der deutschen Minderheit statt. Rund 60.000 Deutsche leben heute in Rumänien. Die große Ausreisewelle zu Beginn der 90er Jahre macht die Kulturpflege an



Seit fünf Jahren erfolgreich im Amt: Der deutsche Bürgermeister von Hermannstadt (Sibiu) und Vorsitzender des Deutschen Forums, Klaus Johannis (r.), 2004 von den Bürgern mit 89 Prozent wieder gewählt.

manchen Orten heute sehr schwierig. Umso beeindruckter war die Delegation von der umtriebigen Aufbauarbeit der verhältnismäßig wenigen verbliebenen Deutschen.

„Es ist erfreulich, festzustellen, wie viel sich in Hermannstadt (Sibiu) und Umgebung in den letzten Jahren bewegt hat“, erklärte Erwin Marschewski mit Verweis auf die im Vergleich zu anderen Teilen Rumäniens zahlreichen Direktinvestitionen aus Deutschland und dem europäischen Ausland.

Ein Treffen mit dem Deutschen Wirtschaftsclub in Siebenbürgen vermittelte eine Aufbruchstimmung, die vor allem in Hermannstadt greifbar ist. So zählt der Wirtschaftsclub rund 100 Mitglieder, nicht wenige der Investoren haben im Rahmen der Ausreisewelle oder bereits Anfang der 80er Jahre Rumänien verlassen und kehren heute in ihre Heimat zurück, um die unternehmerisch zu engagieren.

Zum Abschluss des Besuches in Hermannstadt fand ein Gespräch mit dem deutschstämmigen Bürgermeister Klaus Johannis sowie mit dem Präfekten des Landkreises, Ion Arton, statt.

„Ich gratuliere Ihnen zu Ihrer beeindruckenden Leistungsbilanz“, lobte Erwin Marschewski den deutschstämmigen Bürgermeister von Hermannstadt (Sibiu) in Rumänien, Klaus Johannis.

Voll des Lobes war der Delegationsleiter mit dem Blick auf die Entwicklung, die Hermannstadt (Sibiu) mit seinen rund 170.000 Einwohnern in



Ein Reiseziel war auch das mittelalterliche Städtchen Schäßburg (Sighisoara). Die Oberstadt ist heute Weltkulturerbe. Dort fand ein Gespräch mit dem örtlichen Gemeindefarrer statt.

den letzten Jahren genommen hat. Seit dem Jahr 2000 bestimmt Klaus Johannis, Angehöriger der deutschen Minderheit und Vorsitzende des Deutschen Forums in Rumänien, als Bürgermeister die Geschicke der Stadt.

Sehr beherzt hat Klaus Johannis in dieser Zeit die Infrastrukturprobleme und das in Rumänien weit verbreitete Problem der Korruption angefasst. Der Erfolg blieb nicht aus. Ein gutes Investitionsklima wurde geschaffen, das zu zahlreichen Neuansiedlungen geführt hat. Ein besonderer Coup gelang dem Bürgermeister durch die gezielte Pflege internationaler Kontakte: Hermannstadt (Sibiu) wird im Jahr 2007 Kulturhauptstadt Europas.

Die Bürger von Hermannstadt (Sibiu) dankten ihrem Bürgermeister dieses Engagement. Obwohl die deutsche Minderheit weniger als zwei Prozent der Einwohner zählt, wurde Klaus Johannis 2004 als Bürgermeister wieder gewählt: Im ersten Wahlgang mit 89 Prozent.

In Hermannstadt fand auch ein Gespräch mit dem Bischof der evangelischen Kirche AB, Dr. Christoph Michael Klein, statt. Der Bischof stellte fest, dass die Gemeinden häufig zwar, bedingt durch die Ausreisewelle, sehr klein, die Mitglieder aber ausgesprochen rege seien und dadurch eine sehr lebendige Gemeindearbeit gepflegt werden könne. Die Kirche sei in Rumänien durch die Ökumene ein überkonfessioneller Integrationsfaktor über ethnische Grenzen hinweg. Viele Menschen suchten in Rumänien Orientierung in der Kirche.

Die Gespräche über kirchliche Fragen wurden in Birtalm (Biertan) und in Schäßburg (Sighisoara) fortgesetzt.

Auf ein besonderes Anliegen der deutschen Minderheit wurden die Abgeordneten des Deutschen Bundestages im Rahmen einer Diskussionsrunde beim Hermannstädter Bürgermeister und ebenso in Kronstadt aufmerksam gemacht. Die Finanzierung der vor allem von Angehörigen der deutschen Minderheit frequentierten Altenheime. Während die Einrichtung in Hermannstadt aus Bundesmitteln gefördert wird, sind der Einrichtung in Kronstadt solche Mittel bisher nicht zuteil geworden. In diesem Zusammenhang wurde vor allem auch eine finanzielle Beteiligung des rumänischen Staates erörtert.

In Hermannstadt wurden auch das Teutsch-Haus und zum Abschluss das Brukenenthal-Gymnasium besucht. Sehr umfassend erläuterte der Schulleiter die Philosophie der Einrichtung und das pädagogische Konzept. Den Abgeordneten übermittelte er den Wunsch nach einem deutschen Stipendienprogramm für Absolventen des Lyzeums.

Festakt zum Tag der Heimat in Berlin – „Vertreibungen weltweit ächten“

Angela Merkel bekräftigt Partnerschaft zwischen Union, Heimatvertriebenen und Spätaussiedlern

Unter dem Motto „Vertreibungen weltweit ächten“ fand in diesem Jahr der Festakt zum Tag der Heimat des Bundes der Vertriebenen in Berlin statt.

Sechzig Jahre nach der Vertreibung von fast fünfzehn Millionen Deutschen aus ihrer ostdeutschen Heimat hatten sich Tausende Heimatvertriebene im Berliner ICC-Kongresszentrum versammelt, um gemeinsam und im festlichen Rahmen das Gedenken zum „Tag der Heimat“ zu begehen.

Nach dem Grußwort von Erika Steinbach ergriff der Bundesminister des Inneren, Otto Schily das Wort, der gegen das geplante „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin Stellung bezog.

Dieser Einschätzung widersprach die Kanzlerkandidatin der Union Dr. Angela Merkel, die nach dem Bundesinnenminister das Wort ergriff:

„Seit Konrad Adenauer hat die Aussöhnung mit Polen den gleichen politischen und moralischen Stellenwert wie die Aussöhnung mit Frankreich. Dies hat auch künftig unter einer von mir geführten Bundesregierung Bestand. [...] Dies gibt uns aber auch das Recht, jenen



Weihbischof Gerhard Pieschl und Dr. Angela Merkel während des Festaktes zum Tag der Heimat in Berlin

zu widersprechen, die in der Erinnerung an das Leid der Heimatvertriebenen ein Indiz für Aufrechnung oder eine Umschreibung der Geschichte sehen wollen.

Deshalb unterstützte ich ein Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin, in dem die Erinnerung an jene Tragödie und die ausgestreckte Hand der Versöhnung gemeinsam sichtbar werden. [...]

Die Stiftung hat sich ausdrücklich als Aufgabe gestellt - als eine von vier gleichrangigen Aufgaben – die Vertreibung und den Genozid an anderen Völkern, insbesondere in Europa zu behandeln. Die Einbindung in ein europäisches Netz von Erinnerungsstätten halte ich für wichtig, die Konzeption des Zentrums steht dem ausdrücklich nicht entgegen.“

Positiv bewertete Angela Merkel auch das Ansinnen, einen nationalen Gedenktag für die Opfer der Vertreibung zu schaffen.

Auch in Fragen der Aussiedlerpolitik bezog Angela Merkel deutlich Stellung:

„Für uns gilt auch künftig: Der Artikel 116 Grundgesetz steht nicht zur Disposition. Die von Teilen der FDP beabsichtigte Abschaffung und damit die Beendigung der Aufnahme deutscher Spätaussiedler entspricht nicht unserer Auffassung. Es ist allerdings auch klar, dass wir unsere Integrationsanstrengungen noch verstärken und Missbrauch begegnen müssen.“

Auch der § 96 des Bundesvertrie-

benen- und Flüchtlingsgesetzes ist für die CDU-Partei- und Fraktionsvorsitzende nicht obsolet geworden:

„Im Gegenteil: 15 Jahre nach der politischen Wende in Europa und angesichts der Osterweiterung der Europäischen Union haben sich neue Aufgaben ergeben: in den ehemaligen Heimatgebieten, in der erweiterten Europäischen Union und in unserem Land.“

Nach Angela Merkel sprach der erste UN-Hochkommissar für Menschenrechte José Ayala Lasso zu den Anwesenden.

Lasso befürwortete in seiner Rede das vom BdV geplante „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin und erläuterte den Zuhörern die Bedeutung der weltweiten Ächtung von Vertreibungen an Hand von Beispielen aus seiner Arbeit als erster UN-Hochkommissar für Menschenrechte.

Die Veranstaltung endete mit einem ökumenischen Gottesdienst, der von Weihbischof Gerhard Pieschl und Oberkirchenrat Joachim Ochel abgehalten wurde. (IAV)



**José Ayala Lasso
(erster UN-Hochkommissar für
Menschenrechte 1994-1997)**

Papst Benedikt XVI. übermittelte Grußbotschaft

Zum Tag der Heimat hat seine Heiligkeit, Papst Benedikt XVI., den deutschen Heimatvertriebenen eine Grußbotschaft gesandt, in der er die Bedeutung der Heimat für den Menschen unterstreicht und ihre gewaltsame Wegnahme als einen Akt bezeichnet, der sich gegen die Menschenwürde richtet. Daher grüßt der Heilige Vater die Teilnehmer am Festakt zum Tag der Heimat in Berlin und lobt das Leitwort „Vertreibungen weltweit ächten“ als ein Gebot der Menschlichkeit.

Durch Erinnerung und Gedenken Vertreibungen weltweit ächten

Erwin Marschewski zum Festakt des Bundes der Vertriebenen zum Tag der Heimat in Berlin

Der diesjährige Festakt des Bundes der Vertriebenen anlässlich des „Tages der Heimat“ fällt in eine Zeit der Rückbesinnung und Erinnerung;

- gut 60 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges,
- 60 Jahre nach dem Beginn von Flucht und Vertreibung,
- fast auf den Tag genau 60 Jahre nach dem Ende der Potsdamer Konferenz und
- fast ebenso fast auf den Tag genau 55 Jahre nach der Proklamation der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“.

Mit der Wahl des Titels des diesjährigen Festaktes: „60 Jahre Vertreibung – Vertreibungen weltweit ächten“ richten die deutschen Heimatvertriebenen ihren Blick ganz bewusst nicht nur auf das eigene Leid und die Vergangenheit. Vielmehr beweisen sie auch Empathie und Sensibilität für das Schicksal anderer Menschen, die auch heute noch Opfer von Vertreibungsmaßnahmen werden. Ebenso formulieren sie einen wichtigen politischen Auftrag an Gegenwart und Zukunft.

CDU und CSU treten seit Jahrzehnten für die Anliegen der Heimatvertriebenen, deutschen Spätaussiedler und deutschen Minderheiten ein. Die Union und die Heimatvertriebenen sind Partner.

Die deutschen Heimatvertriebenen haben vor 55 Jahren mit der Pro-

klamation der „Charta der Heimatvertriebenen“ feierlich auf Rache und Vergeltung verzichtet und ein Bekenntnis zu einem gemeinsamen Europa abgelegt.

Die unionsgeführte Bundesregierung unter Bundeskanzler Konrad Adenauer hat mit dem Soforthilfegesetz (1949) und Lastenausgleichsgesetz (1952) die erfolgreiche Integration der deutschen Heimatvertriebenen in die Bundesrepublik Deutschland ermöglicht.

CDU und CSU werden auch künftig für die berechtigten Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen eintreten und einen Beitrag dazu leisten, Vertreibungen weltweit zu ächten.

Daher unterstützt CDU und CSU auch die Errichtung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ in Berlin. Ebenso unterstützt die Union die Schaffung eines „Nationalen Gedenktages für die Opfer der Vertreibung“.

Ebenso tritt die Union für die historische und politische Aufarbeitung des Unrechts der Vertreibungen ein und setzt sich aktiv für die Bewahrung des historischen Erbes der deutschen Heimatvertriebenen und der Vertreibungsgebiete ein.

CDU und CSU leisten einen aktiven Beitrag, Menschen anderswo auf der Welt dieses schwere Schicksal zu ersparen und Vertreibungen als Mittel der Politik zu ächten.

Deutschland dienen

Ein Gastbeitrag von Dr. Herbert Hupka, Ehrenvorsitzender der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung (Auszüge)

Sprache schafft Bewusstsein. Dies gilt vor allem in unserer von den Medien bestimmten Gesellschaft. Was ich immer wieder höre, und dies zusammen mit einer Bilderflut, prägt sich allmählich fest ein. So ergeht es seit Jahren, ja seit Jahrzehnten mit dem Begriff Deutschland. Wir sprechen gar nicht mehr von Deutschland, sondern nur noch von der Bundesrepublik, obwohl ihr richtiger Name Bundesrepublik Deutschland lautet. Es mag schon sein, dass die Kurzfassung Bundesrepublik ob des Schnellsprechens und einer Ersparnis an Wörtern geschieht, aber in Wirklichkeit offenbart sich eine Absicht, nicht mehr von Deutschland sprechen zu wollen und zu müssen. Denn Deutschland und seine Geschichte bestehen nicht aus dem ausschließlich beschworenen Dutzend der Jahre des 20. Jahrhunderts. [...]

Höchst willkommen und nur dankbar zu begrüßen, dass eine deutsche Politikerin höchsten Ranges ohne jede Umschreibung und Weglassen von Deutschland spricht. [...]

Aber mit der Nennung ist zugleich auch die Verantwortung gegenüber

Deutschland und seiner Geschichte gemeint, also auch für den ehrlichen und offenen Umgang mit der ganzen Geschichte Deutschlands, und zu dieser Geschichte Deutschlands gehört unauslöschlich auch Ostdeutschland, eben nicht nur das als Ostdeutschland deklarierte Mitteldeutschland und Westdeutschland.

„Ich will Deutschland dienen“; das waren und sind sie Worte von Dr. Angela Merkel, der Kanzlerkandidatin von CDU/CSU für die bevorstehende Wahl zum 16. Deutschen Bundestag.

Klingt das nicht von vorgestern, wenn plötzlich wieder vom Dienen die Rede ist? Heute ist es doch gängig, von der Selbstverwirklichung zu sprechen, vom absoluten Wert des eigenen Ichs. Die um jeden Preis umzusetzende Selbstverwirklichung ist sicherlich zu respektieren, aber diese Selbstverwirklichung ist zugleich auch Ausdruck eines keine Grenzen kennenden Egoismus.

Der Satz: „Ich will Deutschland dienen“, wirkt befreiend. Für Deutschland in der Pflicht zu sein, eröffnet zukunftssträchtige Perspektiven.

Angela Merkel bekräftigt Position der Union in Aussiedlerpolitik

Jochen-Konrad Fromme begrüßt klare Aussagen der Parteivorsitzenden Angela Merkel zur Aussiedlerpolitik

Der Aussiedlerbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion der CDU Deutschlands, Jochen-Konrad Fromme, begrüßt die klaren Aussagen der Kanzlerkandidatin, Frau Dr. Angela Merkel, zu den Aussiedlerfragen. Am Tag der Heimat beim BdV hatte sie ausgeführt:

„CDU und CSU erkennen die Verantwortung Deutschlands an und verstehen die zu uns gekommenen Spätaussiedler zugleich als Bereicherung für unsere Gesellschaft.

Dies haben wir bei den Verhandlungen zum Zuwanderungsgesetz unter Beweis gestellt, bei denen wir unter schwierigen Verhandlungsbedingungen viel für die Gruppe der deutschen Spätaussiedler erreichen konnten. Für uns gilt auch künftig: Der Artikel 116 Grundgesetz steht nicht zur Disposition. Die von Teilen der FDP beabsichtigte Abschaffung und damit die Beendigung der Aufnahme deutscher Spätaussiedler entsprechen nicht unserer Auffassung. Es ist allerdings auch klar, dass

wir unsere Integrationsanstrengungen noch verstärken und Missbrauch begegnen müssen“.

Damit hat die Kanzlerkandidatin den klaren Kurs der Union bestätigt, dass CDU und CSU auch weiterhin an der Seite der Spätaussiedler für diese Frage offen sind. Sie bekannte sich zum gemeinschaftlichen Kriegsfolgenschicksal und dazu, das Tor offen zu halten. Die Aussiedler sind ein Gewinn für die

bundesdeutsche Gesellschaft. Sie mahnte aber auch die Integrationsbereitschaft an, die Voraussetzung für ein gutes und konstruktives Zusammenleben sei.



J.-K. Fromme

Bundestagspräsident Thierse vergreift sich beim „Zentrum gegen Vertreibungen“ im Ton

Erwin Marschewski kritisiert Bundestagspräsident Thierse's Äußerungen zum Zentrum gegen Vertreibungen

Bundestagspräsident Thierse liegt mit seiner Kritik an dem von CDU und CSU unterstützten „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin völlig neben der Sache und hat sich zudem gegenüber den Opfern der Vertreibung im Ton vergriffen.

Seit vielen Jahren sind die Heimatvertriebenen und ihre Verbände um Verständigung bemüht und führen einen auf Ausgleich angelegten Dialog mit unseren östlichen Nachbarn. Sie als „Berufsvertriebene“ abzuqualifizieren ist eine Unverschämtheit. Völlig fehl geht auch Thierse's Bemerkung, mit dem „Zentrum gegen Vertreibungen“ verbinde sich die Absicht, „ein Gedenken gegen das andere auszuspielen“.

Das Ziel eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ in Berlin ist es, die Vertreibungen in Europa im 20. Jahrhundert in einem europäischen Kontext aufzuarbeiten und Vertreibungen weltweit in Gegenwart und Zukunft zu ächten. Daher wird es auch von zahlreichen namhaften Persönlichkeiten aus dem In- und Ausland unterstützt, darunter der Publizist Dr. Ralph Giordano, der Leiter des Moses Mendelssohn Zentrums, Prof. Dr. Julius Schoeps, der Literaturnobelpreisträger Imre Kertész, der Journalist Dr. Peter Scholl-Latour und Prof. Dr. Peter Glotz. Ein solches Zentrum in Berlin wird einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung der gemeinsamen Geschichte und zur Aussöhnung mit unseren östlichen Nachbarn leisten.

In Bezug auf das von Rot-Grün geplante „Europäische Netzwerk für

Erinnerung und Zukunft“ zeigt sich Thierse zudem schlecht informiert.

So haben sich wichtige Partner in Europa, darunter die Tschechische Republik und Österreich, längst von diesem Projekt verabschiedet.

Fragwürdig ist die Aussage des Bundestagspräsidenten, in Polen gehe man mit der Aufarbeitung der Vertreibungsgeschichte „realistischer um als die deutschen Vertriebenenfunktionäre“.

Dabei soll überhaupt nicht bestritten werden, dass viele Menschen in Polen sich um die Aufarbeitung der gemeinsamen Geschichte bemühen.

Wahr ist aber auch, dass gerade von politischer Seite die Vertreibung der Deutschen immer wieder gelehnet wird. So wurde mir in einem Gespräch mit dem Außenpolitischen Ausschuss in Warschau von Abgeordneten des Sejm entgegengehalten, die Deutschen seien nicht vertrieben worden, sondern freiwillig gegangen.

Es würde dem Bundestagspräsidenten als dem „zweiten Mann in unserem Staat“ gut anstehen, wenn er sich künftig differenzierter mit den Anliegen der Opfer der Vertreibung auseinandersetzte.



Erwin Marschewski

Hessen-FDP will Aufnahmestopp für Aussiedler

Mit einem Antrag an den Landtag (Drucksache 16/4070) wollte die in Hessen oppositionelle FDP die CDU-Landesregierung von Ministerpräsident Koch auffordern, auf Bundesebene für ein Ende der Spätaussiedleraufnahme einzutreten.

Die FDP hat in ihrem Antrag die folgenden Forderungen formuliert:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, über die derzeitigen Aktivitäten hinaus ein spezifisches Aktionsprogramm zur Integration von Spätaussiedlern vorzulegen.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert eine Bundesinitiative zum Auslaufen des Spätaussiedlerstatus (Artikel 116 Grundgesetz) zu ergreifen. Potentiellen Spätaussiedlern soll danach eine Frist bis zum 31.12.2007 gesetzt werden, bis zu der letztmalig Anträge auf Einreise nach Deutschland gestellt werden können.

Die CDU hat dem FDP-Antrag eine entschiedene Absage erteilt.

Kolloquium zur Potsdamer Konferenz vor 60 Jahren



Der ZDF-Journalist Prof. Dr. Guido Knopp (m.) moderierte eine Diskussionsrunde mit hochrangigen Wissenschaftlern aus dem In- und Ausland

Anlässlich des 60. Jahrestages der Potsdamer Konferenz hat die Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ gemeinsam mit dem Institut für Zeitgeschichte aus München in der Vertretung des Freistaates Bayern in Berlin ein Kolloquium mit hochrangiger wissenschaftlicher Besetzung durchgeführt. Unter dem Titel „Die Potsdamer Konferenz – 60 Jahre danach“ diskutierten auf Einladung von Erika Steinbach MdB (Vorsitzende der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen) und von Prof. Dr. Horst Möller (Direktor des Instituts für Zeitgeschichte) namhafte internationale Experten aus den an der Konferenz beteiligten Nationen die historische Zäsur der Potsdamer Konferenz, neben historischen auch unter ethischen und rechtlichen Gesichtspunkten.

Die Podiumsdiskussion mit allen Experten wurde von Prof. Dr. Guido Knopp (ZDF) moderiert. Als Diskutanten nahmen teil: Prof. Dr. Helmut Altrichter (Universität Erlangen-Nürnberg), Prof. Dr. Alexei M. Filitov (Akademie der Wissenschaften, Moskau), Prof. Dr. Anthony J. Nicholls (St. Anthony's College, Oxford), Prof. Dr. Georges-Henri Soutou (Université des Sorbonne, Paris) und Prof. Dr. Alfred M. des Zayas (Genf).

Historisches Kalenderblatt (1. bis 30. September)

Vor 190 Jahren: In Paris schließen Zar Alexander I. (Russland), Kaiser Franz I. (Österreich) und König Friedrich Wilhelm III. (Preußen) eine „Heilige Allianz“ gegen revolutionäre Kräfte in den Ländern (18.9.).

Vor 65 Jahren: Zum Schutz von Kindern vor Bombenangriffen auf deutsche Städte ordnete die Reichsregierung die erweiterte Kinder-Landverschickung an (27.9.). Drei Millionen Kinder werden evakuiert.

Vor 60 Jahren: Im „Dreizoneneck“ von Hessen, Thüringen und Niedersachsen wird das Grenzdurchgangslager Friedland eröffnet (26.9.). 3,5 Mio. Menschen werden in 60 Jahren dort aufgenommen.

Vor 50 Jahren: Bundeskanzler Adenauer reist nach Moskau und erreicht die Freilassung der letzten deutschen Kriegsgefangenen (9.9.).

Vor 25 Jahren: Auf Grundlage des Danziger Abkommens wird in Polen die unabhängige Gewerkschaft „Solidarnosc“ gegründet (17.9.).

IMPRESSUM

Herausgeber: Dr. Norbert Röttgen MdB
Dr. Peter Ramsauer MdB
Parlamentarische Geschäftsführer
Erwin Marschewski MdB
Eva Christiansen

V.i.S.d.P.: Thomas Helm (Hauptredaktion)
Katrin Kohl
Ingo Hallmann

Sekretariat: Petra Brüssow

Kontakt: Gruppe der Vertriebenen und
Flüchtlinge

Anschrift: Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-55364
Telefax (0 30) 2 27-56154